

AZ 28.09.18

Nach Afghanistan „nicht abschieben“

Flüchtlingshilfeorganisationen sehen dramatisch
verschlechterte Sicherheitslage

MAINZ (Bre). Der Arbeitskreis Asyl/Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. und der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik fordern die Bundesregierung auf, die Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan „ausnahmslos und mit sofortiger Wirkung“ zu stoppen. Dies solle auch dann gelten, wenn Flüchtlinge schwere Straftaten begangen haben. „Auch Straftäter haben Menschenrechte“, so Torsten Jäger vom Initiativ Ausschuss.

Rheinland-Pfalz soll sich für Flüchtlinge einsetzen

Die rheinland-pfälzische Landesregierung solle sich an Abschiebungen nach Afghanistan nicht beteiligen und sicherstellen, dass „kommunale Ausländerbehörden keinen Ausreisepressure auf geduldete afghanische Flüchtlinge ausüben“, heißt es in einer Mitteilung der Organisationen. Zudem solle sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene für eine gesicherte und dauerhafte Bleibeperspektive geduldeter afghanischer Flüchtlinge einsetzen.

In einer Erklärung zum „Tag des Flüchtlings“ am heutigen 28. September betonen die Flüchtlingshilfeorganisationen,

dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan dramatisch verschlechtert habe. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) habe festgestellt, dass die Hauptstadt Kabul „nicht länger als interne Schutz- oder Neuansiedlungsalternative angesehen werde.“ Mit dem Hinweis auf diese „interne Schutz- und Neuansiedlungsalternative“ aber lehne das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2015 Asylanträge vieler afghanischer Flüchtlinge ab, so die rheinland-pfälzischen Flüchtlingshilfeorganisationen. Pierrette Onangolo, Geschäftsführerin des Arbeitskreises Asyl, erklärte: „Während sich die Sicherheitslage in Afghanistan ständig verschlechtert, werden Sammelabschiebungen dorthin auch für die rheinland-pfälzische Landesregierung offenbar zur monatlichen Routine.“

Abschiebungen nach Afghanistan seien Abschiebungen in konkrete Lebensgefahr, so Torsten Jäger vom Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik. Die Neubewertung der Sicherheitslage vonseiten des UNHCR habe bereits dazu geführt, dass Finnland Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt habe.